

Gremium: Vollversammlung

Thema: TOP 3.1: Politische Positionen / Position zu Sustainable Finance



### Pro

- Weltweiter Handlungsbedarf für Klimaschutz
- EU-Klimaziel gibt den Rahmen vor: Klimaneutralität bis 2050
- Annahme eines Marktversagens: Im Preis spiegelt sich nicht wider, was positiv oder negativ an einem Produkt oder Verhalten ist.
- Die Finanzwirtschaft besitzt die Lenkungsfunktion, um über Finanzierungen externe Effekte einpreisen zu können.
- Seit Jahren bemängeln Kritiker der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage, es gäbe keine eindeutige Definition dafür.
- Aktuell wird diese Definition auf EU-Ebene in einem bürgeroffenen Prozess entwickelt – sog. Taxonomie.
- Was die ökologische Taxonomie angeht, ist der bisherige Entwurf klar und folgerichtig konstruiert. Er beantwortet die Fragen: Was ist nachhaltig? Was ist schädlich? Was ist neutral?
- Folge für den Finanzmarkt: Sofern nicht ausschließlich gemäß der Taxonomie investiert werden darf, bleibt genug „neutrales“ Kapital für bspw. einen mittelständischen Schraubenhersteller, der Kraftwerke aller Art beliefert.
- Die Einstellung auf neue Regeln ist wohlgeübter Prozess in der Wirtschaft: Zu Beginn der GURpflicht gab es Widerstand, heute herrscht allgemeiner Konsens. Dass Finanzinvestitionen Nachhaltigkeitsaspekte berühren, wird bald ebenso selbstverständlich sein.



### Contra

- Nachhaltiges Wirtschaften ist für den Großteil der Unternehmen in Bayern seit jeher selbstverständlich. Technologische Innovationen und wirtschaftlich verantwortliches Handeln sind Teil der Lösung für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele.
- Für die Politik muss es das Ziel sein, die soziale Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.
- Das aktuelle Bemühen, allein durch finanzregulatorische Maßnahmen die private Allokation von Kapital staatlich zu steuern, widerspricht marktwirtschaftlichen Prinzipien.
- Die von der EU-Kommission geplanten Regulierungsvorhaben berücksichtigen derzeit die Belange der Realwirtschaft und deren erhöhten Bedarf an Unternehmensfinanzierung nicht ausreichend.
- Befürchtung: Regulatorische Maßnahmen wirken kontraproduktiv, falls der Finanzierungszugang und damit die Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft eingeschränkt werden.
- Die Anwendung der Taxonomie muss freiwillig bleiben, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht bürokratisch durch Nachhaltigkeitsberichtspflichten zu überlasten. Das gilt sowohl bei der Kreditfinanzierung als auch innerhalb ihrer Funktion in der Lieferkette.
- Bei der Ausgestaltung der politischen Vorhaben gilt es, die Realwirtschaft mit einzubeziehen und die Verhältnismäßigkeit neuer Regelungen zu beachten.



### Fazit

**Die Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern beschließt das Positionspapier „Sustainable Finance: Herausforderung für die Mittelstandsfinanzierung“, das Forderungen enthält zur Vermeidung überbordender Regulatorik für KMUs in Lieferketten und bei der Kreditfinanzierung.**

Hinweis: Das Positionspapier wurde in Zusammenarbeit mit dem IHK-Ehrenamt entwickelt. Mittels verschiedener Formate und Partizipationsmöglichkeiten (Diskussionsforen, Vorstellung und Meinungsbildung in IHK-Ausschüssen und -Arbeitskreisen, OPEN-IHK und weitere) wurde ein substanzielles Meinungsbild eingeholt und aufgenommen.